

Rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Freitag, 27. Februar 1981

Blatt 505

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat

(rosa) Schlammabfuhr: Störungen durch Einfahrbetrieb

Lokal: Bessere Koordinierung der Ampelschaltung auf dem Gürtel
(orange)

Nur

über FS: 26.2. Gasexplosion in der Brigittenau: Ein Verletzter
27.2. Feuerwehr als "Cowboys"

Bessere Koordinierung der Ampelschaltung auf dem Gürtel

=++++

7 Wien, 27.2. (RK-LOKAL) Die Koordinierung der Verkehrsampeln auf dem Gaudenzdorfer Gürtel und dem Margaretengürtel kann in der Zeit zwischen 2. und 10. März öfters gestört sein, da die Anlagen in diesem Bereich auf die Umlaufzeiten der Ampeln im Gebiet des Matzleinsdorfer Platzes und der Triester Straße angepaßt werden. Die Magistratsabteilung 46 bittet die Verkehrsteilnehmer für lokal auftretende Störungen der Koordination um Verständnis und verweist darauf, daß die Schaltung der Anlagen ab dem 11. März für das ganze Gebiet besser sein wird. (Schluß) sei/gg

NNNN

Schlammabeseitigungs-Gutachten: Störungen durch Einfahrbetrieb (1)
Utl.: Vorschläge zur Optimierung der Klärschlammbehandlung
=++++

8 #Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Da nach der Inbetriebnahme der Hauptkläranlage am 30. Juni 1980 zeitweilig Störungen in der Schlammbehandlung und Rücknahme des Klärschlammwassers festzustellen waren, haben die Magistratsabteilung 30 (Kanalisation) und die Entsorgungsbetriebe Simmering Ges. m. b. H. (EBS) einen international anerkannten Fachmann, Prof. Dr. BISCHOFBERGER von der TU München, beauftragt, eine gutachtliche Stellungnahme zur Schlammabeseitigung abzugeben. Prof. Bischofsberger ist Inhaber des Lehrstuhls Wassergütwirtschaft und Gesundheitsingenieurwesen am Institut für Bauingenieurwesen.

In seinem nun vorliegenden Gutachten stellt Prof. Bischofsberger fest, daß jede Anlage dieser Größenordnung eine bestimmte Einfahrzeit benötigt, in der die Betriebseinstellungen optimiert werden müssen. (Stadtrat Josef VELETA hat bekanntlich bereits des Öfteren darauf verwiesen, daß der Hauptkläranlage einschließlich EBS laut Wasserrechtsbescheid vom 27. Juni 1980 ein einjähriger Probetrieb zur Optimierung des Reinigungsprozesses vorgeschrieben wurde).#

Die Einfahrzeit gilt laut Prof. Bischofsberger sowohl für die Hauptkläranlage, aber in verstärktem Maße auch für die verfahrenstechnisch wesentlich kompliziertere Anlage der Schlammaufbereitung bei der EBS. Wichtigste Voraussetzung für einen weitgehend störungsfreien Betrieb ist ein regelmäßiger Schlammaustrag aus dem Abwasser-Schlammbehandlungssystem. (Forts.)
we/gg

NNNN

Schlammabseparations-Gutachten: Störungen durch Einfahrbetrieb (2)
Utl.: Vorschläge zur Optimierung der Klärschlammbehandlung

=++++

9 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Aus den Betriebswerten und Analysen von vier Monaten des Betriebes der Hauptkläranlage und der Schlammbehandlungsanlagen bei der EBS sowie aus von Prof. Bischofsberger durchgeführten Untersuchungen konnten die Ursachen für die betrieblichen Schwierigkeiten bei der Behandlung des Klärschlammes und des Zentratrücklaufes erkannt werden. Daraus resultieren folgende Vorschläge für sofortige und für endgültige Maßnahmen zur Besserung des Betriebsablaufes bei der Schlammbehandlung:

Der zu entwässernde Schlamm muß möglichst frisch gehalten werden. Auf der Kläranlage sollte deshalb dafür gesorgt werden, daß die Verweilzeiten des Schlammes kurz sind. Dies gilt ebenso für die Stapelbehälter im Bereich der EBS. Zeitweise trat eine Überlastung der Zentrifugen auf. Außerdem scheint die Flockungsmittel-Dosierung nicht in allen Fällen dem Feststoffdurchsatz angepaßt worden zu sein. Die Zentratbeschaffenheit ist ständig auf ihren Feststoffgehalt zu kontrollieren, um einer Verschlechterung durch eine angepaßte Flockungsmitteldosierung zu begegnen. (Forts.) we/gg

NNNN

Schlammabsetzungs-Gutachten: Störungen durch Einfahrbetrieb (3)
Utl.: Vorschläge zur Optimierung der Klärschlammbehandlung

=++++

10 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Die Zugabestelle des Flockungsmittels sollte variiert werden, um eine optimale Flockenbildung zu erzielen. Durch gezielten Einsatz verschiedener Flockungsmittel sollte geprüft werden, inwieweit sich die Stabilität der Flocken gegenüber mechanischer Beanspruchung verbessern läßt. Es ist dafür zu sorgen, daß die vorhandenen Zentrifugen eine hohe Verfügbarkeit haben. Eine Erweiterung der Zentrifugenanlage um ein bis zwei Einheiten sollte in Erwägung gezogen werden.

Die beiden Schlamm bunker hinter den Zentrifugen müssen entsprechend dem Schlammanfall abgefahren werden, da die relativ geringe Speicherkapazität einen Engpaß im gesamten Schlammbehandlungssystem darstellt. Dieses Speichervolumen sollte verdoppelt werden. Als zusätzliche Einrichtung im Zentratrücklauf ist auf dem Gelände der EBS ein Behälter vorzusehen, der im Zentrat mitgeführte Feststoffe abtrennt, um diese der Hauptkläranlage fernzuhalten und wieder den Entwässerungsanlagen der EBS zuzuführen.

Unter Berücksichtigung der genannten Maßnahmen ist zu erwarten, daß ebenso wie an anderen Stellen ein gleichmäßiger und weitgehend störungsfreier Betrieb erzielt wird. Auf Grund des Gutachtens ist beabsichtigt, eine renommierte schwedische Firma mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zu beauftragen. (Schluß)
we/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

2. Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates wurde am Freitag unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) mit der Fragestunde begonnen.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Vorkehrungen seitens der Stadt Wien getroffen wurden, um eine korrekte Erhebung der Wiener Wohnbevölkerung bei der Volkszählung 1981 zu gewährleisten, antwortete Bürgermeister Leopold GRATZ (SPÖ), daß das Adressenverzeichnis, das die Grundlage für die Volkszählung bietet, sehr gewissenhaft erstellt wurde. Von der Stadt Wien werden 10.000 Mitarbeiter als Zählorgane eingesetzt. Außerdem sollen Kriterien für den ordentlichen Wohnsitz bestimmt werden, so daß der Ausfüllende seinen Wohnsitz nicht nach Belieben angeben kann. Die Bevölkerung soll mit Postwürfen, Plakaten und Veröffentlichungen über die Wichtigkeit der Volkszählung informiert werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Vorkehrungen seitens des Innenministeriums und des Statistischen Zentralamtes getroffen wurden, um zu verhindern, daß der Zweitwohnsitz als Hauptwohnsitz angegeben wird, sagte der Bürgermeister, daß Angaben, die für die Volkszählung gemacht werden, nur für statistische Zwecke verwendet werden dürfen. Hinweise auf nachteilige Wirkungen, wenn der Zweitwohnsitz außerhalb Wiens als Hauptwohnsitz angegeben wird, sind eindeutig rechtswidrig. Je kleiner eine Gemeinde ist, desto weniger ist die Abwerbung zu vermeiden, weil der persönliche Kontakt umso stärker ist. (Forts.)
ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

3 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob eine korrekte Volkszählung überhaupt möglich ist, antwortete der Bürgermeister, daß dies durch die Ausarbeitung von objektiven Kriterien für den Hauptwohnsitz schon möglich sein wird. Bei diesen Kriterien werden Schulbesuch, Arbeitsplatz, Betriebsstättenentfernung und die Autonummer eine Rolle spielen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), bei welchen kleineren Ausgabeposten die Kosten für das neue Konferenzzentrum bei der UNO-City konkret eingespart werden sollen, wie dies in einem Pressegespräch angekündigt wurde, sagte Bürgermeister GRATZ (SPÖ), er habe bei diesem Pressegespräch ganz allgemein gesagt, daß man bei Einsparungsmaßnahmen nicht nur einmal 500 Millionen, sondern auch 500 mal eine Million einsparen könnte. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, an welche Einsparungen konkret gedacht ist, antwortete Gratz, daß es in der Fragestunde kaum möglich sei, die Budgetdebatte zu wiederholen. Beim Pressegespräch habe er lediglich die Meinung vertreten, es soll auch bei kleinen Dingen gespart werden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob der Bürgermeister nicht bereit sei, noch einmal mit dem Bundeskanzler über den Bau des Konferenzentrums zu verhandeln, sagte Gratz, daß man die Zusage vom Bautenminister Kotzina nicht so einfach vom Tisch wischen könne. Für die Bauwirtschaft sei die Errichtung dieses Baues von wesentlicher Bedeutung. Die Kernfrage sei jedoch, ob sich die Stadt Wien leisten könne, wegen 350 Millionen, die in den nächsten fünf Jahren aufgebracht werden müssen, auf ein fünf-Milliarden-Projekt zu verzichten. (Forts.) ba/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Christine SCHIRMER (SPÖ), welche Freizeitmöglichkeiten junge Menschen in Wien haben, antwortete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ), daß die Stadt Wien ein breites Anbot bietet, das von Jahr zu Jahr stärker angenommen wird. Für spezielle Aktionen, wie dem Ferienspiel, ist auch das Interesse verschiedener Stellen im Ausland besonders groß. Am Ferienspiel nahmen im Vorjahr 250.000 junge Menschen teil. Die Aktion "Familiensonntag" und "Semesterferien" verzeichneten jeweils rund 100.000 Teilnehmer. Von den 21 Jugendzentren der Stadt Wien sind bereits 5 behindertenfreundlich ausgestaltet. Die alternative Jugendarbeit, die in Selbstverwaltung durchgeführt wird, hat sich, wie man am Beispiel Amerlinghaus sieht, bewährt.

Auf die VIERTE ANFRAGE von Gr. Mag. KAUER (ÖVP), in welcher Form der Bürgerdienst Interessierten eine Einsicht in Verwaltungsakten und Gemeinderatssitzungsprotokollen ermöglicht, antwortete StR. Dr. ZILK (SPÖ), daß natürlich Informationshilfen gegeben werden. In welcher Dienststelle und in welchem Referat man Auskunft über einen Akt bekommen kann, wird mitgeteilt. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum das Stadt- und Landesarchiv einem Bürger die Einsicht in ein Vertragswerk zwischen dem Bund und dem Land Wien verwehrt hat, antwortete StR. Dr. Zilk, daß er dies nicht ad hoc beantworten könne. Sollte, wie es aussieht, das Stadt- und Landesarchiv unrecht haben, werde er natürlich den Mangel beheben. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie man über die Einsichtsmöglichkeiten besser informieren könne, antwortete Dr. Zilk, daß dies nicht allein Aufgabe des Bürgerdienstes sein kann. Im Bürgerdienst überlegt man, wie weit eine Einsichtnahme auch in den Außenstellen möglich ist. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. HIRSCH (SPö), wie sich der Besuch der städtischen Museen entwickle, antwortete Stadtrat ZILK (SPö), daß der Besuch seit Jahren steige und 1980 bereits 479.626 Besuche erreicht habe. Auch international gebe es kaum vergleichbare Werte. Diesen Trend zu Besinnung und Kultur bezeichnete der Stadtrat als erfreuliche Entwicklung.

Zum Spitzenreiter hat sich die Hermesvilla mit mehr als 90.000 Besuchern entwickelt. Aber auch die Musikgedenkstätten liegen vor allem wegen der vielen ausländischen Besucher gut im Rennen.

Für die Zukunft kündigte Zilk weitere Bemühungen besonders im Hinblick auf Schulen an. Hier müsse das Interesse oft erst geweckt werden. Dazu trügen Vereinsgründungen wie zum Beispiel die "Freunde des Jugendstilmuseums" viel bei.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Höhe des Wochenendbesuches antwortete Zilk, daß er um rund 40 Prozent besser sei als während der Wochentage. Die Museen hätten an Samstagen, Sonn- und Feiertagen geöffnet. In diesem Zusammenhang appellierte Zilk an die Bundesmuseen, an Sonntagen ebenfalls länger geöffnet zu haben.

Abschließend verwies Zilk noch auf den hohen Stellenwert der Bezirksmuseen, die mit ihren vielen begeisterten freien Mitarbeitern einen hohen Aktivitätsgrad hätten. Externe Ausstellungen, unter anderem in Kaufhäusern, trügen viel zu ihrer Popularität bei.

(Forts.) roh/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. KUCHAR (FPÖ), wieviele Wohnungen auf den Steinhofgründen nun endgültig errichtet werden sollten, antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ): etwa Tausend.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieso die ursprünglich geplante Zahl von 500 bis 600 Wohnungen nicht eingehalten werde, antwortete HATZL, daß man sich nun zu kleineren Wohnungsgrößen entschlossen habe. In seiner ZWEITEN ZUSATZFRAGE bemerkte Kuchar, daß laut Bürgermeister Gratz ursprünglich von zwölf Prozent verbauter Fläche die Rede war. Hatzl hätte seinerseits diese Zahl auf 16 Prozent erhöht.

Er fragte Hatzl, ob er die Auffassung teile, daß der betreffende Gemeinderatsbeschuß auf Grund der geänderten Umstände nun zu revidieren sei? Stadtrat Hatzl verneinte dies. (Forts.)

roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. BROSCHE (SPÖ), welche Vorhaben hinsichtlich städtischer Wohnbauten auf dem Spittelberg geplant sind, antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ), daß bisher fünf Häuser von der Stadt Wien renoviert wurden, vier weitere folgen, und zwar in der Gutenberggasse 15 sowie in der Kirchberggasse 11, 13 und 15.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Absicht bestehe, auch die Fassaden möglichst original nachzubauen, antwortete Hatzl: ja, nach Fotos. Die ZWEITE ZUSATZFRAGE lautete: Was könnte die Realisierung noch gefährden? Darauf Hatzl: Es sei möglich, daß die Mittel der Wohnbauförderung und des Altstadterhaltungsfonds nicht ausreichen, es werde aber versucht, Lösungen zu finden.

"Welche Änderungen der Vormerkungsrichtlinien für Wohnungswerber für Gemeindewohnungen wurden von Ihnen bisher vorgenommen?" lautete die Anfrage von GR. Christine SCHIRMER (SPÖ). Stadtrat HATZL (SPÖ) führte dazu aus, daß die Regelung zur Feststellung des Überbelages bereits geändert wurden und ab heuer Vormerkscheine auch schon dann ausgegeben werden, wenn eine Schwangerschaft im vierten Monat nachgewiesen wird. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob Änderungen in nächster Zeit geplant sind, antwortete Hatzl, daß die Vormerkbestimmungen für junge Leute, die aus dem Familienverband ausscheiden wollen, geändert werden sollen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach der Zahl der Wohnungssuchenden antwortete Hatzl, daß im heurigen Jänner insgesamt 21.264 vorgemerkt waren, davon stammen mehr als 6.000 auch wegen der geänderten Vormerkbestimmungen allein aus dem Jahr 1980. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Die NEUNTE ANFRAGE von GR. WINDHAB (SPÖ) nach der Nutzung von U-Bahn-Abwärme für Wohnbauten, beantwortete Stadtrat HATZL (SPÖ), daß wegen der hohen Importabhängigkeit und steigender Primärenergiekosten entsprechende Versuche eingeleitet wurden. Im Pilotprojekt Scala-Gründe wird eine zweistufige Wärmepumpe eingesetzt. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Wärmeenergien zur Verfügung stehen, antwortete Hatzl, daß es sich dabei um die Verlustenergie der Antriebsmotoren, der Bremsen und der Beleuchtung handelt. Von der zwischen drei Stationen anfallenden Energie können rund 50 Prozent, das sind 110 bis 125 Kilowatt, nutzbar gemacht werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach den Investitionskosten erläuterte Hatzl, daß insgesamt 1,4 Millionen aufzuwenden sind. Die effektiven Mehrkosten gegenüber herkömmlichen Anlagen betragen 350.000 S, dafür können 25 Tonnen Öl im Wert von derzeit 114.000 S eingespart werden.

In der ZEHNTEN ANFRAGE wollte GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) wissen, wieviele Betten derzeit in den Krankenanstalten der Gemeinde Wien wegen fehlenden Krankenpflegepersonals gesperrt sind. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) antwortete, daß zum 24. Februar von 10.343 Akutbetten 252 wegen Personalmangels gesperrt waren, davon 125 im AKH, 103 im Kaiser Franz Josef-Spital und 24 in der Rudolfstiftung. In ihrer ERSTEN ZUSATZFRAGE wollte Sigrun Schlick wissen, ob Stacher bereit sei, eine Studie in Auftrag zu geben, warum sich junge Menschen diesem Beruf nicht zuwenden beziehungsweise andere die in gewählt haben, verlassen, antwortete Stacher, daß solche Studien bereits vorliegen. In Wien liegt das Problem darin, daß die Krankenpflegeschulen derzeit nicht weiter ausgebaut werden können. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Stacher weiter ausführte, gibt es im heurigen Jahr 1.940 Schwesternschülerinnen. Probleme werden sich auch ergeben, wenn in nächster Zeit zahlreiche Krankenschwestern in Pension gehen werden. Er habe deshalb seit Jahren den Einsatz männlicher Pfleger forciert, weil diese länger im Dienst bleiben. Eine Ombudsfrau sei eingeführt worden, um das Milieu in den Krankenpflegeschulen optimal zu gestalten. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er den Einsatz teilzeitbeschäftigter Krankenpfleger wolle, antwortete Stacher, daß er dies bereits vor Jahren initiiert habe. Mobile Krankenschwestern sind teilzeitbeschäftigtes Personal. Dies sei jedoch attraktiver als der Dienst im Krankenhaus, weil sich die mobilen Schwestern ihre Zeit selbst einteilen können. Er habe keinen Einwand gegen teilzeitbeschäftigtes Pflegepersonal.

Die ELFTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) beschäftigte sich mit der Frage, warum die Gemeinde Wien für die Vermietung von neun Quadratmeter Grund auf dem Gelände des AKH für eine Tabak-Trafik rund 6.000 Schilling Monatsmiete verlangt. Darauf antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher (SPÖ), daß der Platz für den Kiosk, für eine Miete von 3,24 Prozent inklusive Umsatzsteuer vom Bruttoumsatz, mindestens jedoch 1.000 Schilling und MWSt, in Bestand gegeben wurde. Aus zahlreichen ähnlichen Beispielen ist bekannt, daß die vom Bestandgeber zur Verfügung gestellte "Umwelt", (es gibt "Mußkunden") ein Maßstab für die Miete ist. Die Interessensvertretung der Tabak-Verschleißer hat drei Prozent Miete einvernehmlich vereinbart. Der Trafikant lehne derzeit alle Zahlungen über den Mindestzins ab, und es gibt daher Vergleichsverhandlungen vor Gericht. (Forts.) and/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob ihm bekannt sei, daß es im Tabak-Monopolgesetz Erleichterungen für Schwerinvalide gibt, antwortete Stacher (SPÖ), daß nur die bevorzugte Heranziehung von Schwerinvaliden gemeint ist. Der Trafikant habe sich selbst in finanzielle Schwierigkeiten gebracht, weil er 300.000 Schilling Ablöse für den Kiosk an seinen Vorgänger gezahlt und dafür einen Kredit aufgenommen habe. Er biete ihm jede Hilfe an, der Ausgang des Gerichtsverfahrens müsse jedoch abgewartet werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er sich dafür einsetzen werde, daß der Zins auf ein vertretbares Maß herabgesetzt wird, stellte Stacher fest, daß diese Angelegenheit nicht alleine in seinem Ressort entschieden werden könne, und er könne auch nicht ein Rechtsverfahren präjudizieren. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

15 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) An schriftlichen Anfragen lagen zwei von der FPÖ und vier von ÖVP vor. Von der FPÖ wurde ein Antrag betreffend sinngemäße Anwendung des Abgabenänderungsgesetzes 1980 bei der Anschaffung von Dienstkraftwagen für die Holding eingebracht. Die ÖVP brachte Anträge ein, betreffend Verlängerung der Dienstzeit bei Magistratsdienststellen an einem Tag der Woche bis 19 Uhr, Gefährdung der Bevölkerung durch den Bleigehalt der Luft, Einrichtung einer Hilfsmittelzentrale für Behinderte, zusätzliche Führung der Straßenbahnlinie "2" sowie betreffend den Ausbau der Vorortelinie. Die Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. (Forts.) smo/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Darlehen für Hauptsammelkanal

=++++

16 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Die Aufnahme eines Darlehens beim Wasserwirtschaftsfonds von 189 Millionen S für den 1. Bauabschnitt des "Rechten Hauptsammelkanals - Entlastungskanal" beantragte GR. SCHULTZ (SPÖ). GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) nahm dieses Geschäftsstück zum Anlaß, an der Hauptkläranlage Kritik zu üben. Die Bewohner der Umgebung leiden unter penetranter Geruchsbelästigung. Klärgut wird öfter ungeklärt in die Donau gelassen, so daß man sich fragen muß, wozu drei Milliarden für die Kläranlage investiert wurden. Zum Streit über das Nichtfunktionieren der Abwasserreinigung gibt es ein - geheimes - Gutachten der MA 39, das als Verursacher nicht die EBS sondern die Hauptkläranlage nennt. Die stinkenden Bestandteile des Klärschlammes fallen in größerer Menge an. Als Sanierung würde die Errichtung von sogenannten Faultürmen eine halbe Milliarde, eine zweite Kläranlage noch mehr kosten. In einem BESCHLUSSANTRAG, den die Debattenrednerin einbrachte, wird die Überprüfung der Konzeption und Funktionstüchtigkeit der Hauptkläranlage sowohl auf Wirtschaftlichkeit als auch auf Zweckmäßigkeit durch das Kontrollamt verlangt. (Forts.) smo/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Darlehen für Hauptsammelkanal

=++++

17 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) GR. DDr.STRUNZ (ÖVP) stellte fest, daß sowohl das Gutachten von Prof. Bischofsberger als auch das Gutachten der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien negativ für die Hauptkläranlage ausgefallen sind. Der PH-Wert stimmte nicht, die Proben waren durchwegs stark angefault. Die Hauptkläranlage leidet unter einem deutlichen Sauerstoffmangel und unter Schlamm-Entwässerungsproblemen. Die gesamte Anlage wird zeitweise entleert, was zu einer stoßweisen Belastung des Donaukanals und der Donau führt. Die Stadt Wien wird mit ihrer Hauptkläranlage im In- und Ausland lächerlich gemacht.

Stadtrat VELETA (SPÖ) stellte fest, daß so große Anlagen eine Anlaufzeit benötigen, was auch von der Wasserrechtsbehörde genehmigt wurde. Was die Klärung des Abwassers betreffe, funktioniere die Hauptkläranlage. Anlaufschwierigkeiten gibt es jedoch bei der Schlammbehandlung. Dies sei auch im Gutachten von Prof. Bischofsberger festgestellt worden. Eine ausländische Firma soll nun eingeschaltet werden, um die Koordinationsschwierigkeiten zwischen den Entsorgungsbetrieben und der Hauptkläranlage zu beseitigen. Bisher sei in der WABAS nur eine teilbiologische Anlage in Betrieb. Nach Ausbau der Donau-Staustufe bei Hainburg wird eine vollbiologische Anlage in Betrieb genommen.

In seinem Schlußwort wies GR. SCHULTZ (SPÖ) darauf hin, daß der Anlage von allen drei Parteien ein Jahr Anlaufzeit eingeräumt wurde, nun spreche die ÖVP nach acht Monaten bereits von einem "Skandal".

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen, die Zuweisung des ÖVP-Antrages erfolgte ebenfalls einstimmig. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Neue Richtlinien für Stipendienwerk

=++++

18 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) beantragte als Berichterstatter, die Richtlinien für das Stipendienwerk der Stadt Wien neu festzulegen. Vor allem sollten die Einkommensgrenzen angehoben werden.

GR. KUCHAR (FPÖ) kritisierte, daß die Schüler schulbehördlich genehmigter Privatschulen nach wie vor vom Stipendienwerk ausgeschlossen sind. Er stellte den ABÄNDERUNGSANTRAG, diese Schüler in die Förderung einzubeziehen.

GR. AIGNER erklärte in seinem Schlußwort, daß auch die Schüler von einer mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten mittleren oder höheren Schule ab der neunten Schulstufe ein Anrecht auf eine Förderung haben. Ausgeschlossen sind nur die privaten Matura- und Handelsschulen, bei denen ein ordnungsgemäßer Studienfortgang nur sehr schwer nachweisbar ist.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag blieb mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ in der Minderheit, die Neufestsetzung der Richtlinien wurde einstimmig angenommen. (Forts.) sei/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Kultursubventionen

=++++

19 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) beantragte zur Durchführung einer Hundertwasser-Ausstellung in der Secession vom 7. April bis 15. Mai eine Ausfallhaftung von 450.000 S durch die Gemeinde Wien. GR. Mag. KAUER (ÖVP) stellte den ABÄNDERUNGSANTRAG, die Subventionen nicht aus dem Kultur-Schilling zu bedecken, da laut Stadtrat Hatzl ohnedies zu geringe Mittel für die Altstadtpflege vorhanden seien.

In ihrem Schlußwort verwies GR. Ingrid Smejkal auf die Bedeutung der Ausstellung.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag blieb mit den Stimmen der ÖVP in der Minderheit, der Förderungszuschuß aus dem Kulturschilling wurde mehrheitlich angenommen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Kultursubventionen

=++++

20 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) zur Durchführung eines österreichischen Schriftstellerkongresses die Gewährung einer Subvention in der Höhe von 300.000 S aus dem Kulturschilling.

GR. PROCHASKA (ÖVP) betonte, seine Fraktion sei nicht gegen das Vorhaben, er stelle aber den Abänderungsantrag, die Subvention aus einer anderen Haushaltsstelle zu geben - aus den gleichen Gründen wie beim vorhergehenden Antrag.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag blieb mit den Stimmen der ÖVP in der Minderheit, der Antrag der Referentin wurde mehrheitlich angenommen. (Forts.) roh/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Horr-Stadion

=++++

21 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat SCHIEDER (SPÖ) beantragte die Abänderung des Übereinkommens zwischen dem Wiener Fußballverband und der Stadt Wien zum Ausbau des Franz Horr-Stadions, und eine zusätzliche Subvention in der Höhe von 2,8 Millionen Schilling. GR. ARTHOLD (ÖVP) stellte fest, daß das Horr-Stadion schon 1979 hätte fertiggestellt werden sollen. Auf den Verzug beim Ausbau habe er schon in der Gemeinderatssitzung vom 1. Februar 1980 hingewiesen. 21,8 Millionen Schilling an Subventionen seien in den letzten vier Jahren nicht verbaut, sondern verplant worden. Es gebe auch noch immer keine statischen Berechnungen für die Flutlichtanlage.

Arthold fragte, welche Gewißheit es gebe, daß die Austira nach Fertigstellung des Stadions tatsächlich einziehe und ob es irgendeine Absicherung durch Verträge gebe. Seine Fraktion werde der zusätzlichen Subvention aber trotzdem ihre Zustimmung geben, da sich die Stadt Wien eine weitere Sportruine nicht leisten könne.

Im Zusammenhang mit der Aktion "Komm zum Sport" warf Arthold Stadtrat Schieder vor, den Wiener Landessportrat nicht zur Mitgestaltung herangezogen zu haben. Obwohl diese Aktion am 14. März bereits beginne, stünden die dafür zur Verfügung stehenden Summen noch immer nicht fest. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Horr-Stadion

=++++

22 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort erläuterte Stadtrat SCHIEDER, daß der Fußballverband dafür eingetreten ist, daß nicht jede einzelne Leistung während des Baus geprüft wird, sondern erst am Schluß eine Abrechnung vorgelegt werden soll, die schließlich auch entscheidend für die Auszahlung von Mitteln der Stadt Wien sein wird. Zum zweiten gehe es darum, daß 21 Millionen für das ursprüngliche Projekt vorgesehen waren; einer Erhöhung hätte die Stadt Wien nicht zugestimmt. Zusätzliche Mittel werden für zusätzliche, im alten Vertrag nicht enthaltene Teile benötigt. Zum Vorwurf, bei der Beschlußfassung über die Aktion "Komm zum Sport" sei nicht ordnungsgemäß vorgegangen worden, stellte Schieder fest, daß die Einigung über den "Tag des Sports" erzielt wurde und nicht über die Aktion "Komm zum Sport". Hinsichtlich der Zuständigkeit des Gemeinderatsausschusses zur Beschlußfassung wies der Stadtrat darauf hin, daß der Betrag von 6,8 Millionen im Budget enthalten ist und daher die Vergabe vom Ausschuß zu beschließen ist. Schieder schränkte jedoch ein, daß, sollte es eine bloße Subvention ohne Gegenleistung sein, die Angelegenheit im Gemeinderat beraten werden müsse. Für diesen Fall müsse er jedoch Rapid für das erste Match darauf aufmerksam machen, daß eben erst der Gemeinderat entscheiden könnte. Er, Schieder, strebe nicht an, Sportpolitik über die Presse zu machen, sondern es sei sein ernstes Bemühen, auf dem Sektor des Sports in Wien etwas weiterzubringen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Recycling-Werk

=++++

23 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Eine Vereinbarung zwischen Stadt Wien und Rinter A.G. betreffend Aufschließung des Werksgeländes beantragte Stadtrat NITTEL (SPÖ). Der üblichen Vorgangsweise bei Betriebsansiedlungen entsprechend übernimmt die Gemeinde die äußere, die Firma Rinter die innere Aufschließung. Mittel wies darauf hin, daß das Recycling-Projekt seinerzeit einstimmig beschlossen wurde, seit einiger Zeit jedoch von der FPÖ die Richtigkeit angezweifelt wird. Vom ersten Tag an ist er bemüht gewesen, das Müllbeseitigungsprojekt aus dem Parteienstreit herauszuhalten, den kompletten Akt mit allen Details den Gemeinderatsmitgliedern zugänglich zu machen, sagte Mittel. Das Projekt ist ausführlichst beraten worden, und er habe auch das Kontrollamt ersucht, die Entscheidung für das Projekt zu überprüfen. Gegen eine ORF-Sendung, für die offenbar die FPÖ das Stichwort geliefert hat, habe er - Mittel - eine Beschwerde beim Hörer - und Seherbeirat eingebracht, weil der Kontrollamtsbericht unrichtig wiedergegeben worden war.
(Forts.) smo/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Recycling-Werke

=++++

24 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.Ing.Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte die sehr spät getroffene Vereinbarung über die Aufschließung und bemängelte vor allem, daß im Akt nicht die Höhe der Kosten der von der Gemeinde Wien übernommenen Aufschließungen wie Hauptleitungen für Wasser, Gas, Strom sowie für Kanal- und Straßenherstellungen genannt sind. Beim seinerzeitigen Beschluß hat Stadtrat Nittel, dem Gemeinderat nichts von einem billigeren Angebot der Firma Andritz mitgeteilt. Aufklärungsbedürftig ist schließlich die in der kritisierten ORF-Sendung genannte 40-Millionen Entschädigung, die in einem Brief von Prutscher an die FA Andritz erwähnt wird. (Forts.) smo/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Recycling-Werk

=++++

25 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) warf Stadtrat Nittel vor, alle Zweifel an der Bonität der Firma Prutscher als persönliche Angriffe aufzufassen. Das Mißtrauen gegen Prutscher sei jedoch seit der AKH-Affäre voll gerechtfertigt. Für die FPÖ stehe fest, daß es bei der Vergabe des Rinter-Projektes nicht astrein zugegangen sei. In Tirol wird das Recycling-Projekt der Konkurrenzfirma Andritz für das geeignetste gehalten, den Tiroler Müll zu beseitigen. Auch beim Kostenvergleich schneidet Prutscher schlecht ab. Für eine Tonne Müllbeseitigung habe Andritz 250 Schilling verlangt, Prutscher 420 Schilling. Dabei wurde die Abnahmemenge in Wien auf 300.000 Tonnen pro Jahr kalkuliert. Diese Menge wird Wien jedoch frühestens 1985 erreichen. Von zahlreichen Experten wird bezweifelt, daß es ein hundertprozentiges Recycling gibt. Es ist daher anzunehmen, daß auch Prutscher keine totale Wiederverwertung des Mülls erreichen wird. Interessant sei, daß bereits Deponiemöglichkeiten im Raume Raasdorf gesucht werden. Vertraglich wurde festgesetzt, daß auf dem Areal Wien und im politischen Bezirk Wien-Umgebung keine Deponien angelegt werden dürfen. Raasdorf gehört nicht mehr zum politischen Bezirk Wien und kann daher zur Müllablagerung herangezogen werden. Auch mit der Fasergewinnung für die Bauplattenerzeugung scheint es nicht ganz zu klappen. Ab Mai sollen jährlich 5.000 Eisenbahnwaggons mit Faserplatten in die Schweiz rollen. In der Schweiz gibt es jedoch bis heute noch keine Plattenverarbeitungsfirma. Außerdem gibt es von der Müllverbrennungsanlage am Rautenweg keinen Gleisanschluß. Unklar sei auch, welche Entschädigungszahlungen die Firma Prutscher im Anlaufjahr erhalten wird. (Forts.) -ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Recycling-Werk

=++++

26 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm.AMMAN (ÖVP) stellte fest, daß die Tiroler noch nicht über das Projekt Andritz entschieden haben. Die ÖVP befürwortet das Rinter-Projekt, weil es ein zukunftsweisendes Konzept hat und die Vorteile die Nachteile überwiegen. Man müsse von der Ausgangsposition ausgehen und den permanent steigenden Müllzuwachs berücksichtigen. In Wien gibt es keine Deponien mehr, und die Verbrennungsanlagen sind ebenfalls ausgelastet. Es sei wirtschaftlich von Vorteil, daß das Endprodukt des Recyclingwerks als Exportartikel ins Ausland geht. Ein weiterer Vorteil: Der Investitionsbedarf muß nicht mit hohem Geldaufwand abgedeckt werden. Sicher gibt es noch Probleme und offene Fragen, doch grundsätzlich wird ein neuer, innovativer Weg beschritten, der die Zustimmung der großen Oppositionspartei findet. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Recycling-Werk

=++++

27 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Er ist nach wie vor bereit, das Rinter-Projekt zu vertreten, weil es die beste Lösung für Wien ist und weil die gezahlten finanziellen Beträge der Leistung angemessen sind, erklärte Stadtrat NITTEL (SPÖ) in seinem Schlußwort als Berichterstatter. Es gab nämlich kein billigeres Angebot, sondern nur ungeeignete Angebote, die ausgeschieden wurden.

Die FPÖ, die ursprünglich dem Projekt zugestimmt hat, tritt nun für ein Projekt ein, wo etwa ein Drittel des Mülls verbrannt und ein Drittel des Mülls deponiert werden muß. Aus dem Bericht der Stadtbaudirektion ist klar herausgekommen, daß das Rinter-Projekt für Wien die beste Lösung ist, weil keine Verbrennung notwendig und auch die zu deponierenden Mengen sehr gering sind. Er, Nittel, habe einem eigenen Unterausschuß des Gemeinderates über die verschiedenen Verfahren der Müllbeseitigung berichtet und auch dargelegt, warum nach seiner Meinung das Rinter-Projekt die beste Lösung sei.

Daraufhin wurde der einstimmige Beschluß im Gemeinderat gefaßt. In diesem Beschluß ist ausdrücklich enthalten, daß der Firma Rinter ein aufgeschlossenes Grundstück übergeben wird. Die dafür notwendigen Geldmittel wurden in einem weiteren Beschluß des Gemeinderates gefaßt.

Bei der zu verarbeitenden Müllmenge wird es Aufgabe des Magistrates sein, zu disponieren. Für 1981 kann natürlich noch keine volle Ausnutzung der vereinbarten Menge erwartet werden. Die monatlichen Zahlungen in diesem Jahr werden sich nach der Leistung richten. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Instandsetzung der Aspernbrücke

=++++

28 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) stellte den Antrag, den Sachkredit für die Instandsetzung der Aspernbrücke um 1 Million S zu erhöhen.

GR. Dr. KRASSER (ÖVP) erteilte in seiner Wortmeldung zwar die Zustimmung zur Krediterhöhung, stellte aber die Frage nach dem Bau der Uraniabrücke und der Roßauer Brücke. Stadtrat Nittel habe den Baubeginn für die Roßauer Brücke für den Herbst 1980 angekündigt, bisher sei aber davon nichts zu sehen. Deshalb sei auch die Zusage für den Bau der Uraniabrücke für Herbst 1981 fraglich geworden.

Stadtrat NITTEL (SPÖ) wehrte sich gegen den Vorwurf, die Bauverzögerungen der Roßauer Brücke verschwiegen zu haben. Rechtliche Bedenken des Bautenministeriums, das für diese Brücke verantwortlich sei, seien für die Verzögerung ausschlaggebend gewesen. Die Roßauer Brücke würde nämlich im Ausgleich zur Einschränkung der S 2 auf eine Bundesstraße auch vom Bautenministerium finanziert werden.

Verzögerungen bei der Planung der Uraniabrücke begründete Stadtrat Nittel mit Bedenken der Bevölkerung. Ein Alternativprojekt werde er in den nächsten Tagen vorstellen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)
roh/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Neuer Flächenwidmungsplan

=++++

30 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und des Bebauungsplanes für ein Gebiet zwischen Mariahilfer Gürtel, Aegidigasse, Liniengasse, Millergasse, Gumpendorfer Straße, Morizgasse, Linke Wienzeile und Gumpendorfer Gürtel. Im Wohngebiet befinden sich auch zahlreiche Betriebe, Schulen und öffentliche Einrichtungen. Besonders zugunsten des Werkstättenhofes im Bereich Mollardgasse/Hornbostelgasse soll das Betriebsbaugelände erweitert werden.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) kritisierte, daß es bisher keine Vorstellungen für die künftige Entwicklung des Bezirkes gebe. Von den bereits in anderen Bereichen praktizierten Stadtteil- und Bezirksentwicklungsplanung sei hier noch nichts zu sehen. Im Assanierungsgebiet Gumpendorf wurden bei den Untersuchungen die üblichen Feststellungen - zu wenig Grünflächen, zu wenig Parkplätze, teilweise schlechte Haus- und Wohnungssubstanz - getroffen. Das Assanierungsgebiet mache jedoch nur 5,62 Prozent der Fläche des gesamten Bezirks aus, und seit 1974 sei man nun erst so weit, heuer einen Entwurf für einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan vorlegen zu können. Indessen stammen 1.000 der 1.200 Häuser des Bezirks aus der Zeit vor 1918, und die Mehrzahl ist zu klein, schlecht ausgestattet usw. Mayr urgierte, daß den Planungen für die Stadterneuerung möglichst bald Taten folgen müßten, um nicht die Glaubwürdigkeit zu verlieren. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Flächenwidmungsplan

=++++

31 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat HATZL habe in einer Diskussion im Forum Stadtplanung darauf hingewiesen, daß die Stadt Wien nicht in der Lage sei, alles selbst zu bezahlen und aufzukaufen. Abhilfe bieten, so Mayr, eine Aktivierung der Privatinitiative, und eine Hilfe durch den Bund. Der derzeit diskutierte Mietengesetzentwurf sei dafür nicht geeignet. Derzeit gebe es erhebliche Differenzen zwischen Wohnbeihilfe und Mietzinsbeihilfe; Mayr forderte daher eine Zusammenfassung der Beihilfen für alle bedürftigen Fälle. GR. Dr. MAYR erwähnte noch das Beispiel Liniengasse 11, wo eine private Initiative aus Verschulden der Gemeinde Wien nicht zum Erfolg geführt habe.

Zum zweiten: Wien solle mehr Mittel als bisher vom Bund für Stadterneuerungsmaßnahmen fordern. Eine Studie des Instituts für Stadtforschung zeigt die Schwierigkeiten auf, in denen sich die Städte befinden. Die große Zahl von Substandardwohnungen, die ungünstige soziale Infrastruktur u. a. begünstige die Abwanderung der Menschen. "Die Bestandsaufnahme liegt vor, die Methoden und Wege zur Bewältigung sind von uns zu erarbeiten, die Bundesregierung muß sich in den achtziger Jahren um Wien kümmern", schloß Mayr. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Flächenwidmungsplan

=++++

32 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) beschäftigte sich mit Einzelheiten des neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Hauptprobleme bei der Erstellung waren die starke Bebauungsdichte, der hohe Anteil von Substandardwohnungen, die starke Durchmischung von Wohngebieten mit Betrieben und der Mangel an Grünflächen. Angestrebt wurden folgende städtebaulichen Ziele: Durch Umwidmung der Wohngebiete entlang der Wienzeile und des Gürtels auf gemischtes Baugebiet soll die Entflechtung von Betrieben erreicht werden. Durch die Zusatzwidmung Geschäftsgebiet soll die Schaffung von ebenerdigen Wohnraum verhindert werden. Insgesamt wird eine Verbesserung der Wohnqualität, Entflechtung von Wohn- und Gewerbebezwecken angestrebt. Diesem Ziel dient sowohl die Verhinderung von Betriebsneuansiedlungen in bestimmten Straßenzügen als auch die Herabsetzung von Bauklasse IV auf Bauklasse III in bestimmten Wohnvierteln. Ein wichtiges Ergebnis ist die Widmung eines 5.000 Quadratmeter großen Parks auf einem Areal Wallgasse - Mollardgasse, das durch gezielte Grundkäufe gesichert werden konnte. Ursprünglich war dort ein Hochhaus vorgesehen. (Forts.) smo/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Flächenwidmungsplan

=++++

33 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) BR. HAHN (ÖVP) bedauerte, daß kein Maßnahmenpaket für die Stadterneuerung vorliege. Die ÖVP wüßte genau, welche Althäuser erhalten oder abgerissen werden, welche Gebäude vom Paragraph 7 betroffen werden und welche Mittel aus der Wohnungsverbesserung für die Sanierung von Substandardwohnungen zur Verfügung stehen müßten. Die große Chance für die Stadterneuerung sei die Schaffung eines Stadterneuerungsfonds. Hahn kritisierte die hohen Rücklagen aus der Wohnbauförderung. Alle konstruktiven Beiträge der ÖVP werden jedoch abgelehnt. Eine Voraussetzung, daß die ÖVP dem neuen Mietengesetz zustimmt, ist die Anpassung der Mietzinsbeihilfe an die Wohnbeihilfe. Ein weiterer Vorschlag der ÖVP ist die Vergabe von Baurechtsgründen ins Eigentum. Auf den Wienerberggründen sowie auf den Draschegründen sollen Reihenhäuser von Genossenschaften errichtet werden. Das Optionsrecht an diesen Häusern soll der Mieter erhalten, um vom Nutzungsberechtigten zum Eigentümer zu werden. Das Wohnsparen, das als Idee Stadtrat Mayrs in der Arbeitszeitung veröffentlicht wurde, hat die ÖVP schon seit Jahren gefordert. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Flächenwidmungsplan

=++++

34 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener SPÖ müßte ein neues Verhältnis zur Natur finden, ohne auf Technik und Wissenschaft zu verzichten, erklärte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Nach wie vor werden grüne Wiesen - siehe Steinhofgründe, oder das geplante Projekt am Rosenhügel - zubetoniert. Es ist auch unverständlich, daß den Forderungen der ÖVP nach einem Grünlandfonds und nach der Schaffung von Beseerparks nicht Rechnung getragen wird. Verbal besteht zwischen der SPÖ und der ÖVP in vielen Fällen Übereinstimmung. In der Praxis baut die SPÖ aber noch immer Wohnsilos und Wohnghettos und hält an den kommunikationsfeindlichen Stadtrandsiedlungen fest. Die SPÖ legt auch zuwenig Wert auf eine gute Gestaltung der Wohnumwelt. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Flächenwidmungsplan

=++++

35 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) GR. ROSENBERGER (SPÖ) sagte in seiner Wortmeldung, daß Wohnen kein Spekulationsobjekt sein dürfe. Sozialer Wohnbau müsse die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen. Der ÖVP machte er den Vorwurf, ihre Bundesräte würden sich nicht "pro Wien" verhalten, sondern in die Länderfront gegen Wien einstimmen. Beispiel dafür wäre die Haltung der ÖVP in Bezug auf die U-Bahn-Steuer und auf die Verabschiedung des Mietengesetzes.

Rosenberger führte weiter aus, daß mit dem vorhandenen Baugrund sehr vorsichtig umgegangen werden müsse. Der ÖVP-Schrei nach Stadterneuerung beweiße nur die Bankrotterklärung des privaten Hausbesitzes. Der Privat-Wohnhausbau hätte es nicht geschafft, 200.000 Wienern eine Wohnung zu bieten. Wäre 1934 der soziale Wohnbau nicht unterbrochen worden, gebe es heute keine Wohnungsnot mehr. Diese Bemerkung Rosenbergers löste erregte Zwischenrufe der ÖVP-Fraktion aus.

Die Wiener Sozialisten wären grundsätzlich auch für Stadterneuerung, wenn die Möglichkeit dazu vorhanden ist, aber gegen bloße Lückenverbauung. Bei der jetzigen Lage am Wohnungsmarkt könne die Stadterweiterung nicht aufgegeben werden. Zu Vizebürgermeister Buseks Behauptung, das neue Mietengesetz wäre kein Anreiz zur Stadterneuerung, sagte Rosenberger, das sei es nie gewesen; für private Hausbesitzer könne es überhaupt keinen Anreiz geben. Diese würden ihre soziale Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft nicht wahrnehmen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Neuer Flächenwidmungsplan

=++++

36 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Als Ziel für die Stadterneuerung bezeichnete GR. ROSENBERGER eine sinnvolle Kombination zwischen Privatinitiative und dem Einsatz öffentlicher Mittel. Die Absicht der ÖVP, nur die öffentliche Hand zu belasten, um die Hausherren zu schützen, sei nicht durchführbar.

Für die sechs bereits bestehenden Stadterneuerungsgebiete wäre ein gigantischer Finanzaufwand notwendig, zu dem die private Seite keinen Beitrag leisten wolle. Die Assanierungsgebiete würden sogar zu Spekulationsobjekten privater Hausbesitzer. Statt Investitionen fände Geschäftemacherei statt.

Zum Rosenhügelprojekt, das von der Presse skandalisiert worden sei, nannte GR. Rosenberger die exakten Zahlen: Von einer Gesamtfläche von 197.000 Quadratmetern würden nur 7.500 Quadratmeter verbaut, das sind 3,7 Prozent. Außerdem gebe es in Hietzing laut Vizebürgermeister Busek ohnedies bereits 360 Quadratmeter Grünfläche pro Einwohner, was im Vergleich zu anderen Bezirken sehr viel ist.

Abschließend meinte Rosenberger, daß die Beratung des Stadtentwicklungsplanes eine Chance für die Suche nach einem gemeinsamen Weg bieten würde. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Flächenwidmungsplan

-++++

37 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) In seinem SCHLUSSWORT betonte GR. BROSCHE (SPÖ), daß die Tatsache der Abzonungen, Verringerungen der Bebauungsdichte und die Anlage von Grünflächen beweise, daß die Planung nicht von tagespolitischen Überlegungen ausgehe. Für die Bezirksentwicklung sind der Bau von U 3 und U 6 von Bedeutung, die Realisierung der Planungen soll schrittweise auf der Basis des Stadtentwicklungsplanes für Wien erfolgen. Die ÖVP forderte er auf, die wirtschaftliche Bedeutung der Großstädte auch bei den Finanzausgleichsverhandlungen deutlich zu machen. Die von der ÖVP geforderte Begrünung der Höfe führe über einen steinernen Weg, weil sich Hausbesitzer selbst dafür wenig engagieren wollen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Schluß) and/gg

+++ Ende des Sitzungsberichtes +++

NNNN